

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

223 (29.9.1923) 1. und 2. Blatt



Wer ist verantwortlich für unsere Niederlage im Ruhrkampf?

Als die militärische und wirtschaftliche Kraft des Deutschen Volkes in einem mehr als vierjährigen, mit beispielloser Tapferkeit und ungeheuren Opfern, durch die ungeheuerliche Kurzsichtigkeit der verantwortlichen Männer der obersten Seeresleitung viel zu lange geführten Krieg zusammengebrochen war, da schoben gedankenlose Schwärmer und politische Heber die Schuld an den durch den Zusammenbruch unvermeidlich gewordenen Folgen auf diejenigen Männer, welche die Verantwortung für die Liquidation des Krieges übernahmen. Ganz so wie damals versucht man auch jetzt wieder die Last der Verantwortung für unsere politische Niederlage im Ruhrkampf zu verschieben. Im Bunde mit deutschen Nationalen behern wir offenbar auch das Karlsruhe' Tagblatt die ihm nahestehenden Kreise sabrieren. In einem Artikel vom 26. September, überschrieben „Ein Schicksalstag“, heißt es unter anderem:

„Die Verantwortung für das, was jetzt geschehen ist, trägt der Reichstag, in dessen Auftrag die Regierung handelt. Derselbe Reichstag trägt auch die Verantwortung für das, was die Regierung Cuno getan hat. Das muß klar und deutlich festgelegt werden angesichts der Tatsache einiger Parteien, die Verantwortung zu verschieben. Auf dem Reichstag laßt alle Schuld, wo von Schuld auf deutscher Seite gesprochen werden kann, auf diesem Reichstag, der wahrhaftig nicht mit Stolz auf die Früchte seines Schaffens seit seiner Wahl im Jahre 1920 hinweisen kann. Es gehört mehr als Mut dazu, dem Reichstag sein Schicksal weiterhin diesem Reichstag anzurechnen zu lassen. Wäre es nicht, daß man nur einem Volk zumuten, das durch seine feindliche und furchterliche Not abgestumpft ist und im Kampf um das tägliche Brot den Blick für die Zukunft fast verloren hat.“

Wir möchten diese Ausführungen etwas umstellen und sagen: Wahrhaftig, solche Auslassungen werden nur da Eindrücke machen, wo man jeden Blick für die nächsten Erfolge der Wirklichkeit und den Sinn für Wahrschicklichkeit verloren hat. Auf derselben Seite derselben Nummer bringt aber das Karlsruhe' Tagblatt unter „Berlin, 25. September (Eigener Drahtbericht)“ folgende Notiz:

„Neu nachmittags versammelten sich die Führer der Reichstagsfraktionen im Reichstagsgebäude. Der Reichstagspräsident führte aus, welche innenpolitischen und finanziellen Schwierigkeiten die Reichsregierung zu ihrer von den Vertretern der besetzten Gebiete gebilligten Auffassung gebracht haben, daß der passive Widerstand aufgegeben werden müsse. Er hob dabei hervor, daß die schweren Opfer der Bevölkerung an Rhein und Ruhr in den letzten neun Monaten nicht umsonst gebracht worden seien, daß aber die durch die geschichtliche wirksame Waffe des passiven Widerstandes sich gegen das deutsche Volk selbst zu wenden drohe. Aus den finanziellen Verhältnissen des Reiches, deren zwingendes Diktat man sich nicht länger entziehen könne, müsse man die Forderungen ziehen und den passiven Widerstand beenden. Die Fraktionsführer schlossen sich dieser Auffassung des Reichstagspräsidenten an mit Ausnahme des Führers der Deutschnationalen Volkspartei, der den passiven Widerstand durch schärfere Maßnahmen zu überbrücken wünsche.“

Und im folgenden heißt es im gleichen Karlsruhe' Tagblatt: „Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt: Aus der amtlichen Mitteilung über die Besprechungen der Ministerpräsidenten beim Reichstagspräsidenten geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß sämtliche Ministerpräsidenten, also auch der bayrische, sich hinter die Politik der Reichsregierung stellen.“

Und in der zweiten Spalte berichtet dasselbe Karlsruhe' Tagblatt, daß der Reichstagspräsident mit Vertretern aller politischen Parteien aus den besetzten Gebieten eine Besprechung hatte, in der er die finanzielle Lage des Reiches darlegte, die bei einer längeren Weiterdauer der Ruhrrechte wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voranschreitend gefährlich werde, die von der Regierung und dem Volk nicht getragen werden könnten. Es heißt dort dann weiter, daß in der an die Darlegungen des Reichstagspräsidenten sich anschließenden Besprechung die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes mit Ausnahme der Deutschnationalen alle auf den Standpunkt stellten, daß aus den sich aus der finanziellen Entwicklung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse. ... Weiter unten wird dann angeführt:

Das Jüngerlein von Avalon.

Von Angelika Garten. Das kommt davon, wenn gelehrte Leute den Galanten Wägen wollen, Martin! sagte Rosemarie. Nun siehst du, — ich woll' sagen — sehen Sie von den Wägen bis zu den Füßchen aus wie ein Schuppen, Krusten- oder Gürtelkrieger — das schönste können Sie sich anzusehen! — und ein so gewichtiges Auftreten haben Sie, als hinga Wägen an jedem Fuße ein ostentatives „Mittag!“

„Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärung abgegeben hatten, stellte der Reichstagspräsident fest, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit 9 Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde.“

Im gleichen Bericht wird dann weiter festgestellt, daß auch in der Besprechung des Reichstagspräsidenten mit den Vertretern der Wirtschaftsgruppen und Berufsständen der besetzten Gebiete gegen die einmütige Auffassung der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Stilllegung des passiven Widerstandes des von seiner Seite Widerspruch erhoben worden sei. Einem etwaigen Zweifel gegenüber, ob die vom Reichstagspräsidenten Dr. Stresemann zur Besprechung über die Frage des passiven Widerstandes geladenen Delegierten der Wirtschaftsgruppen und Berufsstände des besetzten Gebietes wirklich als die berufenen Vertreter der Rhein- und Ruhrbevölkerung anzusehen seien, wollen wir hier die Feststellung anführen, welche nach der Frankfurter Zeitung (23. September, 1. Morgenblatt) amtlich festgestellt wurde, daß nämlich die Einladungen zur Besprechung Dr. Stresemanns mit den genannten Vertretern der Rhein- und Ruhrbevölkerung nach der vom Kabinett Cuno übernommenen Liste erfolgt sind, daß ausnahmslos alle Wirtschaftsgruppen und Berufsstände der besetzten Gebiete die Auforderung zur Teilnahme in der gleichen Weise erhalten haben, wie dies früher zu den von der Regierung Cuno einberufenen Besprechungen geschehen ist. Wir fassen zusammen und stellen also fest:

- 1. Der Reichstagspräsident Dr. Stresemann, zugleich Führer der Deutschen Volkspartei, erklärt, daß der passive Widerstand aus innenpolitischen und finanziellen Gründen abgebrochen werden müsse.
2. Er erklärt weiter, daß für diesen Entschluß die Reichsregierung allein die Verantwortung trage.
3. Der Entschluß der Reichsregierung wird von sämtlichen Ministerpräsidenten der deutschen Länder einmütig gebilligt.

4. Die Führer der Parteien des Reichstaats, mit Ausnahme der Deutschnationalen, schlossen sich den Ausführungen des Reichstagspräsidenten an.

5. Die Vertreter der verschiedenen Berufsstände und Wirtschaftskreise an Rhein und Ruhr stellten sich auf den gleichen Standpunkt.

Nun kommt das Karlsruhe' Tagblatt trotz dieser von ihm selbst berichteten Tatsachen in seinem Leitartikel „Ein Schicksalstag“ zu der Behauptung: „Die Verantwortung für das, was jetzt geschehen ist, trägt der Reichstag, in dessen Auftrag die Regierung handelt.“ Nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Reichsregierung, vorab der Reichstagspräsident, ist nach der Verfassung verantwortlich. Der Reichstag hat bis jetzt ert durch die Fraktionsführer seine Zustimmung zur Politik des Kanzlers ausgesprochen, nachdem ein anderer Ausweg aus der furchtbaren Lage, in die unser Volk durch die Schuld der Regierung Cuno und der Reichsbank gekommen ist, nicht mehr möglich ist. Wenn von einem Versuch, die Verantwortung zu verschieben“ gesprochen werden kann, dann liegt ein solcher beim Karlsruhe' Tagblatt vor in einem Umfang und in einer Art, die man nur als unverantwortlich bezeichnen kann. Gemäß trägt der Reichstag mit der Verantwortung dafür, daß es überhaupt so weit kommen mußte. Aber welche politischen Parteien und welche Wirtschaftskreise waren es doch, die die Erfüllungspolitik Dr. Stresemanns unmöglich machten; wer war es, der durch die Inflations- und Kreditpolitik die wirtschaftliche Not so riesengroß machte, welche Kreise waren es denn, die sich solange mit Händen und Füßen gegen die rechtzeitige Sicherung der Reichsfinanzen durch Steuern wehrten? Wenn das Karlsruhe' Tagblatt diese Parteien des Reichstaats mit seiner weaverfendlichen Kritik meint, dann solle es ehlicher Weise es auch sagen. So aber, wie Wortlaut und Sinn des Artikels gehalten sind, weiß man, worauf er abzielt und was er bezwecken will.

10. Die Währungsamt der Regierung und ihre Ratgeber muß von vorne mit äußerster Energie mit dem Mittel des legalen Druckes durch den Reichstag verfahren werden. Das ist heute die wirtschaftliche Wehrpflicht aller

Stände, daß sie die deutsche Regierung durch unsere Volksvertretung verhindern, das ganze deutsche Volk durch die Hefferrische Bodenmarkbank, bei der Hülferding und Stresemann Bate gestanden haben, auf absehbare Zeit hinaus auf das Allerhöchste zu schädigen. Es ist unwürdig für das deutsche Volk, daß seine Währungsfrage von einer Gruppe von Männern gelöst werden soll, die noch nicht einmal den Milltonsten Teil der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen, ohne daß man eine Gewähr dafür hat, daß diese Dedungsmannschaften die Interessen des deutschen Volkes wirklich sehen können oder sehen wollen. Die deutsche Währungsfrage darf nicht zu einem geschäftlichen Unternehmen bestimmter uns bekannter Wirtschaftskreise gemacht werden, sie kann ohne sie gemacht werden mit viel größerem Rechte, als diese die Angelegenheit gerade ohne jene erledigen wollten, für welche die Festwährung in erster Linie geschaffen werden muß, nämlich die Mehrzahl der deutschen Staatsbürger. Während der Niederschrift dieser Zeilen veröffentlicht die Wäuter den Wäuterbericht über die Währungsamt, Projekture Hefferrich-Sinnes und Konforten, im Hintergrunde hilflos Stresemann und Hülferding. Die Bank soll durch Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Transport- und Bankgewerbe errichtet werden. Niemand hat man vergessen, nur von der deutschen Beamten- und Arbeiterschaft, von den Angestellten und von den freien Berufen ist keine Rede. Der Dedungsmannschaft von den Beteiligten erfordert Hypotheken an den landwirtschaftlichen Grundstücken, auf Goldmarkt laufende Rentenbriefe als Dedung für die von der Währungsamt zu schaffenden Bodenmark. Von der Roggenmarkt hat sich Herr Hefferrich also noch bis auf die Bodenmark abdrängen lassen, damit ist er mit Herrn Sinnes-Minor auf die gleiche Linie gekommen und nun soll die Sache gemacht werden. Die Bodenmark wird mit 0,333 Gramm Feingold bemerkt und man hat ihren Namen ganz überflüssigerweise geprägt, im Geiste des Dedungsmannschaftswortes man damit sagen, daß die Hefferrische Mark durch Hypotheken mit dem Grund und Boden verankert ist. Daß wir aber in Deutschland infolge der Fortführung der Goldhypothek durch die Inflationspreisse unvermeidlich Grundbesitz haben, welcher dem Zugriff der Steuerbehörde des Staates nach dem Willen des Volkes auf dem gesetzlichen Wege ohne des Willen des Volkes und weder von der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft für diese Zwecke erst bereitgestellt zu werden braucht, wissen wir ohnedies. Der Plan der Währungsamt hat Hefferrich-Sinnes-Stresemann-Hülferding kann von deutschen Volke niemals gutgeheßen werden, weil er unser Währungsamt, das in der von mir vorgeschlagenen Festgoldmarkt sich konzentrieren muß, von den Finanzexperimenten und Finanzspielen privater Persönlichkeiten, die uns durch ihren gewaltigen, aber nicht vollständigen Einfluß auf unser Wirtschaftsleben bekannt sind, unter allen Umständen freigegeben werden muß. Eine demokratische Republik kann ihr Währungsamt nicht auf die Hände eines weniger bekannter wirtschaftlicher Drahtzieher aufbauen, sie muß es auf Volk und Volkskräfte, auf Staatsgemeinschaft und Staatsobstheit gründen, von denen jeder Volksgenosse einen Teil darstellt. Wenn unser Volk auf meinen Ruf hört, wenn unsere Regierung sich von den bisherigen Einflüssen frei macht, dann ist eine Abhängigkeit von diesen Kreisen bei Schaffung der Währung vollständig überflüssig, dann hat die Regierung freie Hand und kann dem Volke geben was des Volkes ist. Es ist notwendig, daß besagten mein Vorschlag in alle Kreise des deutschen Volkes eindringt, dann man begriffen sein, daß nicht nur die Festwährung kommen muß, sondern daß sie, wie ich nach langem Studium der Frage gefunden habe, auf den Schulden des Volkes kommen muß, welches das Geld niemals als Handelsartikel begriffen hat, sondern stets wie schon ausgeführt als Verkehrsmittel, als Handelsmittel, als Wertemittel, welches sich seit Jahr und Tag vorverkauft lassen muß, daß es immer mehr Gehalt und Lohn fordert, während die Gründer von heute doch eingesehen, daß sie die Währungsamt, welche solche Forderungen wegen tatsächlich daraus resultierendem „weniger Gehalt und weniger Lohn“ immer wieder notwendig gemacht haben, obwohl sie solange erachtet wurden, doch zu ändern in der Lage sind. Das Volk muß ja bei dem Hefferrichschen Projekte die Bodenwährung tatsächlich doch auch tragen, was darum herumgemacht ist und nur finanzielle Kunst, welche das deutsche Volk nicht braucht und welche hernach den Ansehens erwecken würden, als ob die notwendigen Folgen für die Wirtschaft, z. B. Aufwertung der Hypotheken usw., die sich aus meinem Volksprojekte ebenfalls naturgemäß ergeben, weil sie letztlich von der einheitlichen Einführung der Goldfestmarkt als Rechnungs- und Zahlungsmittel abhängig sind, von den Herren Hefferrich und Konforten dem Volke gegeben wurden. Auch die Bodenmark als geldliches Zahlungsmittel kann nur durch den Verkehr des Volkes belebt und erhalten werden, man täuscht also das Volk wenn man ihm sagt, die Währung wird nur von ganz bestimmten Persönlichkeiten und engen Kreisen gemacht. Deswegen darf das Volk diese Kreise auch an die Durchführung der Währung gar nicht heranlassen. Nur das Volk durch seine berufene Vertretung, den Reichstag, darf die neue Währung schaffen, weil es diese Währung selbst tragen muß. Wenn das Volk die Währung nicht nur zu tragen hat (das haben wir im schlimmsten Sinne auch von der bisherigen Inflations-

Zur wichtigsten Frage.

Von Prof. Dr. Gustav Mayer. 10. Die Währungsamt der Regierung und ihre Ratgeber muß von vorne mit äußerster Energie mit dem Mittel des legalen Druckes durch den Reichstag verfahren werden. Das ist heute die wirtschaftliche Wehrpflicht aller

Stände, daß sie die deutsche Regierung durch unsere Volksvertretung verhindern, das ganze deutsche Volk durch die Hefferrische Bodenmarkbank, bei der Hülferding und Stresemann Bate gestanden haben, auf absehbare Zeit hinaus auf das Allerhöchste zu schädigen. Es ist unwürdig für das deutsche Volk, daß seine Währungsfrage von einer Gruppe von Männern gelöst werden soll, die noch nicht einmal den Milltonsten Teil der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen, ohne daß man eine Gewähr dafür hat, daß diese Dedungsmannschaften die Interessen des deutschen Volkes wirklich sehen können oder sehen wollen. Die deutsche Währungsfrage darf nicht zu einem geschäftlichen Unternehmen bestimmter uns bekannter Wirtschaftskreise gemacht werden, sie kann ohne sie gemacht werden mit viel größerem Rechte, als diese die Angelegenheit gerade ohne jene erledigen wollten, für welche die Festwährung in erster Linie geschaffen werden muß, nämlich die Mehrzahl der deutschen Staatsbürger. Während der Niederschrift dieser Zeilen veröffentlicht die Wäuter den Wäuterbericht über die Währungsamt, Projekture Hefferrich-Sinnes und Konforten, im Hintergrunde hilflos Stresemann und Hülferding. Die Bank soll durch Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Transport- und Bankgewerbe errichtet werden. Niemand hat man vergessen, nur von der deutschen Beamten- und Arbeiterschaft, von den Angestellten und von den freien Berufen ist keine Rede. Der Dedungsmannschaft von den Beteiligten erfordert Hypotheken an den landwirtschaftlichen Grundstücken, auf Goldmarkt laufende Rentenbriefe als Dedung für die von der Währungsamt zu schaffenden Bodenmark. Von der Roggenmarkt hat sich Herr Hefferrich also noch bis auf die Bodenmark abdrängen lassen, damit ist er mit Herrn Sinnes-Minor auf die gleiche Linie gekommen und nun soll die Sache gemacht werden. Die Bodenmark wird mit 0,333 Gramm Feingold bemerkt und man hat ihren Namen ganz überflüssigerweise geprägt, im Geiste des Dedungsmannschaftswortes man damit sagen, daß die Hefferrische Mark durch Hypotheken mit dem Grund und Boden verankert ist. Daß wir aber in Deutschland infolge der Fortführung der Goldhypothek durch die Inflationspreisse unvermeidlich Grundbesitz haben, welcher dem Zugriff der Steuerbehörde des Staates nach dem Willen des Volkes auf dem gesetzlichen Wege ohne des Willen des Volkes und weder von der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft für diese Zwecke erst bereitgestellt zu werden braucht, wissen wir ohnedies. Der Plan der Währungsamt hat Hefferrich-Sinnes-Stresemann-Hülferding kann von deutschen Volke niemals gutgeheßen werden, weil er unser Währungsamt, das in der von mir vorgeschlagenen Festgoldmarkt sich konzentrieren muß, von den Finanzexperimenten und Finanzspielen privater Persönlichkeiten, die uns durch ihren gewaltigen, aber nicht vollständigen Einfluß auf unser Wirtschaftsleben bekannt sind, unter allen Umständen freigegeben werden muß. Eine demokratische Republik kann ihr Währungsamt nicht auf die Hände eines weniger bekannter wirtschaftlicher Drahtzieher aufbauen, sie muß es auf Volk und Volkskräfte, auf Staatsgemeinschaft und Staatsobstheit gründen, von denen jeder Volksgenosse einen Teil darstellt. Wenn unser Volk auf meinen Ruf hört, wenn unsere Regierung sich von den bisherigen Einflüssen frei macht, dann ist eine Abhängigkeit von diesen Kreisen bei Schaffung der Währung vollständig überflüssig, dann hat die Regierung freie Hand und kann dem Volke geben was des Volkes ist. Es ist notwendig, daß besagten mein Vorschlag in alle Kreise des deutschen Volkes eindringt, dann man begriffen sein, daß nicht nur die Festwährung kommen muß, sondern daß sie, wie ich nach langem Studium der Frage gefunden habe, auf den Schulden des Volkes kommen muß, welches das Geld niemals als Handelsartikel begriffen hat, sondern stets wie schon ausgeführt als Verkehrsmittel, als Handelsmittel, als Wertemittel, welches sich seit Jahr und Tag vorverkauft lassen muß, daß es immer mehr Gehalt und Lohn fordert, während die Gründer von heute doch eingesehen, daß sie die Währungsamt, welche solche Forderungen wegen tatsächlich daraus resultierendem „weniger Gehalt und weniger Lohn“ immer wieder notwendig gemacht haben, obwohl sie solange erachtet wurden, doch zu ändern in der Lage sind. Das Volk muß ja bei dem Hefferrichschen Projekte die Bodenwährung tatsächlich doch auch tragen, was darum herumgemacht ist und nur finanzielle Kunst, welche das deutsche Volk nicht braucht und welche hernach den Ansehens erwecken würden, als ob die notwendigen Folgen für die Wirtschaft, z. B. Aufwertung der Hypotheken usw., die sich aus meinem Volksprojekte ebenfalls naturgemäß ergeben, weil sie letztlich von der einheitlichen Einführung der Goldfestmarkt als Rechnungs- und Zahlungsmittel abhängig sind, von den Herren Hefferrich und Konforten dem Volke gegeben wurden. Auch die Bodenmark als geldliches Zahlungsmittel kann nur durch den Verkehr des Volkes belebt und erhalten werden, man täuscht also das Volk wenn man ihm sagt, die Währung wird nur von ganz bestimmten Persönlichkeiten und engen Kreisen gemacht. Deswegen darf das Volk diese Kreise auch an die Durchführung der Währung gar nicht heranlassen. Nur das Volk durch seine berufene Vertretung, den Reichstag, darf die neue Währung schaffen, weil es diese Währung selbst tragen muß. Wenn das Volk die Währung nicht nur zu tragen hat (das haben wir im schlimmsten Sinne auch von der bisherigen Inflations-

währung), sondern wenn es diese Währung selbst geschaffen hat, dann wird es für dieselbe auch kämpfen. Der Währungsamt gegenüber sind alle Volksgenossen eine jeden Unterschied vollständig gleich wie gegenüber dem Gesehe. Diese Währung, wenn sie fest ist wie wir sie wollen, ist unter den Ständen des Reiches die bisherige Spannung im wirtschaftlichen Verkehr, sie beseitigt den Preisverfall bei Lieferung irgend einer Ware, seien es Lebensmittel, seien es Waren, sei es Arbeit, sie beseitigt die beiden Hauptlasten von der ungeheuren Schwierigkeit, die wie in den letzten fünf Jahren der Inflation in Deutschland reichlich studieren konnten, bei der Lieferung und bei der Kaufkraft Übernahme irgend eines der bezeichneten Wirtschaftsgüter nicht nur diese, sondern auch noch das verwendete Kaufgeld bemerken zu müssen. Es hat sich gezeigt, daß diese Doppelaufgabe die wirtschaftliche und geistige Kraft und die Lage des wirtschaftlichen Standards der meisten Volksgenossen übersteigt, insbesondere dann noch, wenn von anderer Seite, von dem Reich mittels der Notenpresse und von den Wechselredemern auf Inflationsgeld aus überlegenem Hinterhalte operiert wird, zumal als durch die Schnelligkeit der Notenpresse mit ihrer Begleiterin und falschen Beutachterin des Umlaufgeldes, der Böse, jede Schutzmaßnahme, jede Organisation des Widerstandes, im Entstehen gelöst wird.

11. Die Börsenwoche.

Infolge des erneuten gewaltigen Marksturzes, den man wieder zum erheblichen Teil darauf zurückführen darf, daß die Kurstagesberichte an den Börsenmarkt zurückzuführen sind und der sich auch zwischen dem ersten und zweiten Börsentage noch stark fortspangte, eröffneten die Effektenmärkte die Börsenwoche auf der ganzen Linie mit sehr erheblichen Kurssteigerungen, wobei wieder schwere westliche Montanwerte und die Aktien der großen chemischen Unternehmungen im Vordergrund des Interesses standen. Die Hauptunternehmensinteressen der Schwereindustrie scheinen ihre Aufmerksamkeit mit dem Augen zur Unterstützung zugeflossenen Inflationsgeldes des Reiches systematisch vergrößert zu haben. Die amtlichen Bemühungen, den Markkurs durch Interventionskäufe zu halten, haben sich nach den bereits erwähnten großen Schwankungen des Dollars nicht durchsetzen können, wenigstens nicht rechtzeitig, sodass am Mittwoch mit dem Fallen des Dollars ein regelrecht Kollaps für die meisten Papiere eintrat, wobei die berufsmäßige Spekulation wie auch erhebliche Teile des Publikums abgeer waren. Gerade das letztere scheint sich mit einem sehr geringen Kapitalvermögen, ja man möchte sagen, mit fast gar keinem, an eigenen Aktien in die Arena gewagt zu haben und muß sich, wenn das Papiergebäude zittert, rasch zur Abgabe entschließen. Es ist sehr schade, daß ein großer Teil des deutschen Volkes noch nicht soweit gekommen ist seinen Aktienbesitz als Anteil am Volksgeld zu betrachten, sondern als Mittel, den Volksgenossen durch Kurssteigerungen Geld abzulassen. Daß dabei manche nur Zahlen ohne Substantivermehrung gewinnen, wird vielfach immer noch nicht beachtet.

Zum Wochenabschluss war die Börse noch nicht von dem Druck der unsicheren Lage frei, und die Hoffnungen auf die Festwährung halfen die Markt halten. Aufzugelassen überwegen dabei die Kursabschwäche bei uneinseitiger Tendenz die Kurssteigerungen, wengentlich der Wäuter wieder Mittel für den Aktiennehmer flüssig zu haben schien. Für die von uns schon früher herausgehobelten Werte ergab sich zum Ende der Woche bis zu Ende der Börsenwoche die in der nachfolgenden Tabelle dargestellte Kursentwicklung in Millionen Prozente:

Table with 2 columns: Name of stock/asset and percentage change. Includes Deutsche Bank, Diabolo Gef., Bad. Anilin, etc.

Am Freitag den 28. Sept. 1923. Die Kursentwicklung der großen Schwankungen konnte

und am Montag tag mit Rückfall erheblich vermehrt der Fall gewesen haben glanzgegenwärtig so, rene Treiben dem in dem glanz ein regulierendes oder schlechter

Seit einigen haupstadt Ende sich hervorragen Fremdenfabri dieser Veranlassung schafflichen Inter harte Ausstellun Interesse auf die dieses Jahr auch so klar, daß weniger an die Grund in der Grundstein jedes nicht mehr lenge gar nicht so d anrecht leeren sie einen zwar schafflichen Schu der Herbswoche über die große theater. Danach an denen Karls romanischen Herben romantischen Bau unsere Zeit, die einem neuen Sine rube alle Antike Kunststadt zu duftreicht. Die Kultur und dem sich in Karlsruhe stelle Erfolg an wisse doch kein bloßzulegen, die guten Namen de

Josef Solide

Die Eine aufero Weisheits- schiedenen Weis wechelt mitzuma tigen Verhälti Gänden in den gesamten Danc bieten. Sogar lerinnen sind u Gebiet den Vor Charakteristik mode ist die la Chooch sie schon Alad ein doch bef Bar es auch hie werdendes, so jin

So

Prof. Baisch Schnarrenber

Grosse Dent

Passibile

Rausch & P

Erbrinzenst

Erbrinzenst

Erbrinzenst

Währung selbst gefah... auch kämpfen. Der... gegenüber dem Gele...

und am Montag mit Verkäufen, am Mittwoch und Frei... tag mit Rückkäufen operierte, konnte seinen Effektenbesitz...

haltigen Aktien zu nehmen, die ihren Besitzern doch bei... allen Schwankungen des Dollars eine goldwerte Substanz...

**Feststellungen.**  
Der Beschluß der Aufgabe des passiven Wider... standes wird von der äußersten Rechten, wie von der...

Abgeordnete, gegen den heute noch ein Verfahren... wegen Steuerhinterziehung schwebt, und dem öffent...

**Handel und Volkswirtschaft.**

**Börsenstimmungsbericht**  
Berlin, 28. Sept. Die gestern von der Reichsregierung... angeforderten erheblichen Kredite, sowie die heute ver...

Table with exchange rates for various cities: Amsterdam, Brüssel, Kristiania, Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Italien, London, New-York, Paris, Schweiz.

**Wertbeständiger Reichsbankdiskont.**  
Dem Reichstag ist eine Änderungsanfrage zum Bank... gesetz zugegangen, durch welche es der Reichsbank ermö...

**Kirchliche Nachrichten.**  
Gehaltsauszahlungen. In den nächsten Tagen wird... die Teuerungszulagen für die 4. Septemberwoche...

**Spiel und Sport.**  
In unsere Sport-Berichterstattung... unsere Sportberichterstatter bitten wir, ihre Ber...

**Herbstwoche 1923.**

**Karlsruher Herbstwoche.**  
Seit einigen Jahren veranstaltet die badische Landes... hauptstadt Ende September eine Herbstwoche. Ursprüng...

**Kleid.** Fast könnte man von einem Glodenrod sprechen... Eingeklebte Teile käufchen dem Ganzen einen nicht vor...

**Josef Kessel, Kaiserstraße 25.**  
Solide Schuhwaren jeder Art.

**Die Herbst- und Wintermode.**  
Eine außerordentliche Fülle von eleganten Straßen... Gesellschafts- und Sportkleidern bringen uns die dies...

Wenn die Wälder fallen, macht sich auch im Meister... der Schuhmacherkunst der Drang zur Neugestaltung der...

**STADTGARTEN**  
Sonntag, den 30. September, nachmittags von 1-6 Uhr: Anlässlich... der Karlsruher Herbstwoche: Turnen, Turnspiele und Reigen...

**EUGEN LANGER**  
DAS HAUS FÜR BÜROBEDARF  
KARLSRUHE  
AM MÜHLBURGER TOR  
Kaiserstrasse 175

**Verkauf von Herren-Hemden**  
Zephir :: Flanell :: Perkal  
Eigenes Fabrikat! En gros und detail!  
**Hemdenfabrik A. Schuster**  
Kronenstrasse 7.

**Grosse Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923.**  
Musikalische Darbietungen.  
Samstag nachm. 4 Uhr: Frau Adele Jansen, Sopran, Rudolf Heinz, Violine.  
Am Flügel: Musikdirektor G. Hofmann, Kammermusiker O. Somann.

**Vorführung neuzeitlicher Büro-  
maschinen und bürobetriebs-  
technischer Hilfsmittel in der  
Ausstellung für die techn. Woche  
Orangeriegebäude**  
29. September - 8. Oktober

**Etagen-Geschäft**  
**Ernst Junge,** Kaiserstr. 79  
zwischen Kronen- und Waldhornstraße  
Neu-Eingänge in  
**Herren-Anzug- u. Ulsterstoffe  
Damen-Kleider- u. Mantelstoffe  
Weißwaren u. Aussteuerartikel**  
Spezialität: Matratzenrolle  
Ein Posten Kölsch für Bettwäsche u. wollene Bettdecken, weiss und farbig, besonders billig.

**Confectionshaus Hirschen**  
Kaiserstrasse 95  
Stuttgart Karlsruhe Würzburg  
Auto-Bekleidung  
Herren-, Knaben-, Berufs-Kleidung  
und Wäsche

**Passbilder**  
schnellstens und gut  
Rausch & Pester  
Erbsprinzenstr. 3.  
**Duk**  
Lichtige Zuarbeiterin od. II. Arbeiterin  
zum selbständigen Eintritt gesucht.  
Mary Schapke, Kaiserstraße 110.



Eine Aenderung der... Tagesüber... weiter. Lokale Mo...

Hemping JAWINSKY

29. Sept. Schiller... (gef. 5), Maxan 380

Bank... unterbergstraße 8

... 8-1 Uhr.

... im Rhein.

... oder zurückgekauften...

... 1. September 1923.

... Lichtspiele Waldstrasse

... us Rex

... Ordnung.

... St. Stephan.

... Frühlings; 8 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

... Frühlings; 7 Uhr...

Heraus aus der Sackgasse!

Reformvorschläge zur heutigen Wohnungswirtschaft von Bürgermeister Hermann Schneider-Karlsruhe.

Seit Jahren schon ist auf Eindringlichkeit darauf hingewiesen worden, daß ohne die Erfüllung der vollen Zahl der jährlich notwendigen neuen Wohnungen und ohne geordnete, sachgemäße Instandhaltung der bestehenden Wohngebäude der derzeitigen öffentlichen Wohnungswirtschaft eine Existenzberechtigung nicht zukomme...

Das Reichsgesetz vom 28. März d. J. brachte für das Jahr 1922 eine Wohnabgabe in Höhe des 5fachen Betrages der Friedensmiete. Das Erträgnis der Abgabe sollte zur Förderung von insgesamt 30 000 (bei einem tatsächlichen Jahresbedarf von 200 000) neuen Wohnungen im ganzen Reich ausreichen. Eine höhere Abgabe wurde von Reichstag und Regierung für nicht mehr „tragbar“ erachtet...

Nicht viel besser steht es mit der gesetzlichen Miete und den in ihr enthaltenen Mitteln für die Instandhaltung der Häuser. Es ist bis jetzt m. W. noch nirgends geschildert, die Instandhaltungsaufträge auch nur annähernd so hoch zu setzen, daß mit ihnen die Käufer hätten fortlaufend unterhalten werden können. Der normale Aufwandsaufwand für die Unterhaltung eines Wohngebäudes betrug in der Vorkriegszeit 50 Pf. von je 100 Mark Steuerwert. Dieser Betrag ist, namentlich wenn man die Verhältnisse der Kriegsjahre berücksichtigt, auch heute noch erforderlich. Demgegenüber werden z. B. in Karlsruhe nur 15 Pf. in Gold von je 100 Mk. Steuerwert in die gesetzliche Miete eingestellt...

In beiden Fällen, sowohl bei der Wohnabgabe wie auch der gesetzlichen Miete, wagen es mit Rücksicht auf die Stimmung des Publikums die Parlamente in Staat und Gemeinde nicht, sachdienlich genügend hohe Beträge zu beschließen. Es ist die alltägliche Erfahrung der letzten 4 Jahre, daß überall da, wo durch den Einriß öffentlicher Gewalten wirtschaftliche Dinge geordnet werden sollen, alle auch die bestaunten Verluste an der geringen Einsicht und dem instinktiven Widerstand der großen Masse der Bevölkerung übersteigen, derselben Bedürfnisse, in deren urinständigem Interesse der Einriß erfolgen soll. Das Willkürgefühl und die Verantwortlichkeit des Einzelnen scheinen ausgeschaltet, sobald in irgend einer ihn berührenden Angelegenheit die Behörde mit tätig ist, er infolge dessen glaubt, ihr allein alle Arbeit und Verantwortung überlassen zu dürfen. Es ist aber ganz ausgeschlossen, daß durch eine noch so glänzende behördliche Arbeit die verantwortliche und interessierte Tätigkeit der Gesamtbevölkerung erweckt werden könnte. Ohne die Mitarbeit der großen Masse der Bevölkerung ist eine Wirtschaft schlechterdings unmöglich, sie muß naturgemäß schlechterdings unmöglich, sie muß naturgemäß dem Untergang entgegenstreben. Es ist unerlässlich, die notwendigen Folgerungen aus dieser klaren Erkenntnis der Sachlage zu ziehen und die bestehende Ordnung grundlegend so zu ändern, daß die individuelle Arbeit und Initiative des Einzelnen aufs Neue geweckt und (in den durch das Wohl der Gesamtheit gezogenen Grenzen) zur freien Entfaltung gebracht wird. Erhaltung der be-

stehenden Gebäude, Beschaffung der fehlenden Wohnungen, produktive Nutzung aller nur irgend verfügbaren Arbeitskräfte ist mehr denn je das Gebot der Stunde. Eine einschneidende Umgestaltung des Reichsmietengesetzes wie auch des Wohnabgabengesetzes sind nunmehr zur unabwendlichen Notwendigkeit geworden.

Zu schlagen vor: Aenderung der zur Zeit geltenden (samt die Aufwendungen des Eigentümers deckenden) „gesetzlichen Miete“ in eine die Selbstkosten der Wohnungen wesentlich übersteigende, schrittweise der natürlichen Miete sich nähernde „gesetzliche Höchstmiets“, gleichzeitig Aufhebung der Wohnabgabe, an deren Stelle aber weitgehende Besteuerung der Gebäude nach Maßgabe ihres durch die Einführung der „gesetzlichen Höchstmiets“ neu begründeten sehr erheblichen Ertragswertes.

Die „gesetzliche Höchstmiets“ würde sich, genau wie die gesetzliche Miete, aus Grundmiete, Betriebs- und Instandhaltungskosten zusammensetzen. Als Instandhaltungskosten wäre (wie zu Vorkriegszeiten) ein Betrag von 0,5 v. S. des Neubauwerts einzusetzen, die Betriebskosten können heute zu ebenfalls 0,5 v. S. des Neubauwerts veranschlagt werden. Als Grundmiete wäre zunächst ein Betrag von mindestens der doppelten Höhe der für die Förderung des Wohnungsbaues laufend notwendigen Beträge einzustellen, d. i. (für städtische Verhältnisse) ein Satz von 2 x 0,4 = 0,8 oder rund 1,0 Prozent des Neubauwerts. Als Gesamtbetrag der gesetzlichen Höchstmiets ergäbe sich hiernach für die Erste ein Satz von 1,0 + 0,5 + 0,5 = 2,0 v. S. des Neubauwerts (Neubauwert = Vorkriegssteuerwert mal Baufostenübersteuerung) der Gebäude, bzw. der Wohnungen. Der für die Betriebs- und Instandhaltungskosten (1,0 v. S.) eingesezte Betrag wäre auch bei der weiteren Entwicklung unverändert beizubehalten, die Grundmiete (1,0 v. S.) dagegen von Monat zu Monat um 0,1 v. S. zu steigern, bis die „gesetzliche Höchstmiets“ nach Ablauf von ca. 8 Jahren in der Höhe des Betrages der natürlichen Miete (theoretisch etwa 7 v. S. des Neubauwerts) angelangt sein würde und der völlig freien Miete Platz machen könnte.

Die an die Stelle der Wohnabgabe tretende besondere Gebäudesteuer müßte mindestens die Hälfte des aufgrund der gesetzlichen Höchstmiets theoretisch möglichen Reinertrages (der Grundmiete) betragen, also beginnend mit 0,5 v. S. des Steuerwerts, Monat für Monat eine um weitere 0,05 v. S. bis zur Freigabe der Mieten auf etwa 2,3 v. S. gesteigert werden. Sie wäre erst in einer späteren Zukunft langsam wieder abzubauen, nachdem mit ihrer Hilfe die Schwierigkeiten der derzeitigen Übergangswirtschaft endgültig überwunden sein würden.

Die zahlenmäßige Auswirkung der angebotenen Reform wird am besten an Hand eines Beispiels verdeutlicht: Ein guterbauendes dreiflooriges Wohngebäude zu 6 Mietzimmern mit einem Steuerwert (Vorkriegsbauaufwand) von 60 000 Mk. hat heute (bei 100 Millionenfacher Baufostenübersteuerung) einen Neubauwert von 600 Millionen. Die gesetzliche Höchstmiets für dieses Haus würde nach dem Stande vom 1. Oktober d. J. 2 v. S. v. S. von 600 Millionen, d. i. 12 Milliarden, (entsprechend einer Monatsmiete von 1 Milliarde für das ganze Haus und rund 167 Millionen für eine Wohnung in diesem Hause) betragen; sie würde sich jeden Monat um 0,1 v. S. von 600 Millionen, also um 600 Millionen steigern etwa bis zur Erreichung einer Jahresmiete von 33,6 Milliarden, (entsprechend einer Monatsmiete von 2,8 Milliarden für das ganze Haus und rund 467 Millionen für eine Wohnung) im Oktober 1926. Der letztere Betrag entspräche einem Satz von 5,6 v. S. der Baufosten, während die natürliche Miete theoretisch zu vielleicht 7 v. S. angenommen werden müßte.

Die von den Eigentümern der bebauten Grundstücke zu erhebende besondere Gebäudesteuer betrage nach dem Stande vom 1. Oktober 1923 0,5 v. S. von 600 Millionen, das sind 3 Milliarden Mark im Jahr oder 250 Millionen in einem Monat, sie würde mit steigender Höchstmiets auch ihrerseits steigen, etwa bis zu einem Betrage von 2,3 v. S. von 600 Millionen, das sind 13,8 Milliarden im Jahr oder 1150 Millionen im Monat. In gleicher Höhe würden sich die durch die Vermietung theoretisch erzielbaren Reinerträge des Hauses bewegen.

Man kann wohl darüber streiten, ob der für die besondere Gebäudesteuer angenommene Betrag der Hälfte des theoretisch möglichen Reinertrages richtig gegriffen sei. Ich möchte dazu nur sagen, daß er m. E. niedriger auf keinen Fall gewählt werden darf, daß andererseits bei der Wahl eines vielleicht höheren Satzes berücksichtigt werden muß, daß Gebäude und Wohnungen nicht in allen Fällen zum vollen Betrag der gesetzlichen Höchstmiets werden vermietet werden können, also, von Mietzinsausfällen ganz abgesehen, immerhin noch mit Mindereinnahmen gerechnet werden muß. Der dem Hauseigentümer nach Abdeckung von Verlusten und unter Berücksichtigung von Mindereinnahmen noch verbleibende Reinertrag muß jedenfalls noch so hoch sein, daß sein Interesse am Besitz und an der Erhaltung des Hauses dauernd wach bleiben kann. Dieses Interesse ist durch die im innersten Wesen der derzeitigen Ordnung begründeten Mängel ersetzt worden, es soll durch die vorgeschlagene Reform zu neuem Leben erweckt werden.

Heute wird ein und derselbe Mietzins bezahlt, gleichgültig ob die Wohnung sich in gutem baulichen Zustand befindet oder nicht; in Zukunft wird die Erzielung des vollen Betrages der gesetzlichen Höchstmiets wesentlich durch den Wert der Gegenleistung (den guten Zustand der dafür zur Ver-

\*) Der Satz von 10 000 000 für die Baufostenübersteuerung ist seit der Niederschrift dieses Artikels wieder weit überhöht, sie beträgt bis zum 1. Oktober mindestens 60 000 000, die nachstehend ausgerechneten Zahlen sind deshalb sämtlich mit 6 zu vervielfachen.

füngung gestellten Wohnung) beeinflusst sein. Der (in gewissen Grenzen) frei von gesetzlichen Bindungen abzuschließende Mietvertrag wird ganz allgemein mit den unendlichen Widerwärtigkeiten des jetzigen Verhältnisses zwischen Mieter und Vermieter aufräumen, er wird wieder jenen Zustand gegenseitiger Verpflichtungen schaffen, durch den allein die menschlichen Interessen endgültig gegeneinander ausgeglichen werden können. Behördliche Vorschriften können Ungerechtigkeiten, Mißbräuche und Auswüchse verhindern, niemals aber die Dinge im Einzelnen ordnen. Auch im Verhältnis der Mieter und Vermieter zur öffentlichen Kasse könnte die jetzige Verwirrung wieder einer geordneten und klaren Ordnung Platz machen. Alle Steuer, Gebühren und Abgaben lägen wieder auf dem Objekt, der Hauseigentümer würde sich seiner Zahlungspflicht weder entziehen können noch überhaupt entziehen wollen; der Mieter würde den vertraglich vereinbarten nun viel höheren Betrag der gesetzlichen Höchstmiets unendlich viel williger entrichten als die bisherige gesetzliche Miete und die Wohnabgabe. Die neue Gebäudesteuer wird der öffentlichen Kasse genügend Mittel zuführen, um die Wohnungsbautätigkeit liberal in dem durch die Wohnungsnot und allgemeine Wirtschaftslage notwendigen Umfang zu fördern und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Sie wird umso wirksamer sein, wenn sie durch weitgehende Befreiung der neuen Käufer und auch durch Vergünstigungen im Falle des Ausbaues alter Häuser produktiv gestaltet und die private Initiative mehr und mehr wieder der Bautätigkeit zugewendet wird.

Die Erhebung der Steuer, wie auch die Art und Weise der Verwendung ihres Ertrages müßte allerdingens rücksichtslos von allem Schema und allem überflüssigen Verwaltungsaufwand befreit werden. Es geht wirklich nicht an, daß von ein und demselben städtischen Hause halb 10 verschiedene Steuern, Abgaben und Gebühren erhoben werden. Es wird der Sache auch nicht gebiet, wenn die Förderung des Wohnungsbaues in enge bürokratische Formen und Vorschriften eingepreßt wird. Es gibt Vorfere und Einfacheres als das was bisher Vorkräft und Übung gewesen ist. Auch hier gilt die Forderung: Weg mit den Fesseln enger ins Einzelne gehender Vorschriften und (im Rahmen der durch die Gesamtinteressen gezogenen Grenzen) freies Feld der örtlichen Initiative und Verantwortlichkeit!

Die Reichszentrale für Heimdienst.

Hielt vom 26. August bis einschließlich 2. September in Mauthorn in Württemberg eine Schulungswoche für Süddeutschland statt. Leiter der Veranstaltung war Prof. Dr. G. M. Koloff, dessen Name durch das von ihm herausgegebene Verzeichnis der Redagogen u. a. Schriftsteller wie „Agrippa eini und jehi“, „In zwei Welten“, „Im Lande der Bibel“ weiten Kreisen bekannt geworden ist. Zu Referenten waren gewonnen worden die Herren Universitätsprofessoren Dr. Carl Brinmann, Heidelberg, Legationsrat a. D. Dr. H. Heuß, Schriftleiter der „Deutschen Nation“ und Studienleiter der deutschen Hochschule für Politik in Berlin, sowie Herr Dr. Friedrich Haub, Frankfurt a. M., aus Bayern, Württemberg, Baden und Thüringen waren insgesamt 17 Hörer anwesend. Der Kursus sollte die Teilnehmer durch Vorträge und Aussprachen über wesentliche staatspolitische Zusammenhänge sachlich unterrichten und sie befähigen, in ihrem Wirkungsbereich auf eine möglichst vorurteilsfreie Erkenntnis der politischen Verhältnisse und wichtigsten staatspolitischen Aufgaben hinzuwirken. Man kann sagen, daß das gezielte Ziel erreicht worden ist.

Herr Universitätsprofessor Brinmann hielt drei Vorträge über Auslandsstudien. Er behandelte die Gestaltung und Entwicklung der politischen Kräfte des Auslandes, ihr gegenwärtiges Verhältnis und ihre Bedeutung für die deutsche Politik, sowie die durch diese Kräfte bedingten Ziele und Wege der deutschen Politik. Die Ausführungen waren hochschiefend und infanzreich. Herr Dr. H. Heuß sprach sehr interessant und überaus sachlich über die Gestaltung und Entwicklung der gesellschaftlichen Formen und Kräfte Deutschlands, ihr gegenwärtiges Verhältnis zum deutschen Staat und ihre politische Bedeutung, sowie die hierdurch bedingten Ziele und Wege der deutschen inneren Politik der Gegenwart. Der Geist und Inhalt der vier Vorträge ließ die Verknüpfung des Referenten mit dem praktischen politischen Leben unschwer erkennen, wodurch die Ausführungen erhöhte Bedeutung erlangten.

Herr Dr. Haub hielt eine Vortagung über „Das Wesen und die Aufgabe der Politik und der politischen Bildung“ sowie drei Vorträge über die Entwicklung der wesentlichen wirtschaftlichen Kräfte der deutschen Volkswirtschaft und die durch sie bedingten wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele und Aufgaben der deutschen Politik.

Außerst wertvoll für den einzelnen war das Gemeinschaftsleben der verschiedensten Parteien angehörenden Teilnehmer. Die Reichszentrale für Heimdienst hat hier im Dienste staatsbürgerlicher Erziehung unseres Volkes sehr fruchtbringende Arbeit geleistet. Es ist zu wünschen, daß Regierung und Parlament den bedeutsamen Leistungen dieser Stelle gerechte Würdigung und Unterstützung zuteil werden lassen.

Karlsruhe.

Der Bad. Mater. und Lindermeisterverband hielt am Sonntag, den 23. September, in Karlsruhe im Stadtpark seinen diesjährigen Verbandstag ab. Die Landesversammlung, zu der aus allen Teilen des Landes Kollegen erschienen waren, wurde vormittags gegen 10 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Matermeister C. Baccot, eröffnet. Nach kurzer Begrüßung aller Versammelten wurde sofort in die umfangreiche Tagesordnung eingetreten. Ausgehend von der Tatsache, daß das Handwerk gegenwärtig allgemein in einer schweren Krise sich befindet, wurde die Frage der Abwehr der drohenden Gefahr im Vordergrund der Verhandlungen gestellt. Es gab einen Ausblick über die Entwicklung des Handwerkes seit dem letzten Jahre. Am Materialmangel sind viele Betriebe eingegangen, andere mühen sich, so manches Gewerbe, sich umstellen bzw. den veränderten Verhältnissen sich anpassen. Aber nunmehr wird die Lage des Handwerkes, und nicht zuletzt die des Materialmangels, insbesondere hinsichtlich des Arbeitsmangels, ganz bedauerlich. Der Materialmangel gestaltet sich immer schwieriger. Es gibt wenige Meister, die heute noch in der Lage sind, im Großen einzukaufen, weil die Preissteigerungen nicht mehr vorzuziehen sind, d. h. diese haben nicht Schritt gehalten mit der Geldentwertung. Die Weidwörter sind schon seit längerer Zeit dazu übergegangen, die Materialien

Helfst!

Ein Winter härtester Not steht vor der Tür. Zu Schanden geworden ist unsere Hoffnung auf bessere Zeiten. Einen entsetzlichen ungeheuren Umfang hat die Teuerung angenommen; an phantastischer Höhe sind die Preise für Lebensmittel, Brennstoffe und Kleider emporgeschossen. Vielen unserer Mitbürger ist der Einkauf auch des Allernotwendigsten heute nicht mehr möglich.

Zimmer weitere Gruppen unserer Volksgenossen werden in den Abraum der Geldentwertung hineingerissen. Es darben die Kleinentner und die Sozialrentner; es darben die Invaliden des Krieges, sowie alle jene Volksgenossen, die nicht mehr über ihre Arbeitskraft verfügen. Zu ihnen treten heute die Kreise, die die verhängnisvolle Wirtschaftslage, in der wir uns befinden, trotz Arbeitslosigkeit von der wirtschaftlichen Betätigung ausgeschlossen hat: die Erwerbslosen, die gerne arbeiten möchten, aber keine Gelegenheit zur Betätigung ihres Arbeitswillens finden können.

Hart ist das Elend.

Aber Nächstenliebe werden es überwinden. Die Winterhilfe Karlsruhe, die sich im vorigen Jahr so erfreulicher Unterstützung aller Kreise erfreute, ruft deshalb auch jetzt die Bevölkerung der Landeshauptstadt und ihrer näheren und weiteren Umgebung zur Hilfe auf. Alle die, denen die Not der Zeit noch etwas an Gütern übrig gelassen hat, und alle die, denen ihre Arbeit regelmäßigen Verdienst verschafft, mögen nach Gebühr zum Werke beitragen. Jede dafür in Frage kommende Organisation leite in ihren Kreisen die Sammlungen ein.

Wir rufen alle auf,

Mitkämpfer zu sein bei unserem Rettungswerk. Jede, auch die kleinste Gabe ist willkommen. Das ganze Werk wird einem Arbeitsausschuß unterstellt, der Sammlung und Verteilung leiten soll. Seine Geschäftsstelle, bei der jede nähere Auskunft erteilt wird, ist bei der Zentralstelle des Stadt. Fürsorgeamtes (Matsbau, 3. Stock, Zimmer 128). Gaben und Bezeugungen für die Winterhilfe nehmen entgegen: alle hiesigen Banken, die Expeditionen aller hiesigen Zeitungen, das Postfachkonto 22 100, Winterhilfe Karlsruhe, sowie die Stadt. Sparkasse auf Girokonto Nr. 8100. Im Namen der Winterhilfe Karlsruhe. Der Oberbürgermeister.

selbst einzukaufen, ein Zustand der sobald wie möglich wieder abgeändert werden muß. Die Materialien im Materialmangel haben schon längst den Goldmarkpreis überschritten. Die Referenten, Großhändler und Industrie, verkaufen seit geraumer Zeit zum Goldmarkpreis. Holzgelegenheiten muß sich das Handwerk die Preise Wasser kaufen, d. h. für Materialkosten Goldmarkpreise aufstellen, wenn es nicht vollends untergehen will. Im weiteren Verlauf der Tagung erläuterte Matermeister Haug-Karlsruhe das näher die vom Landesverband aufgestellten Kalkulationsnormen, auf Grund deren die Umstellung der Preisberechnung auf Goldmark ermöglicht wird. Die Ausarbeitung dieser Kalkulationsnormen bedurfte einer intensiven und bis ins kleinste durchgedachten Arbeit. Man brachte aus den Reihen der Mitglieder diesen Arbeiten regles Interesse und Anerkennung entgegen. Um mehr als nunmehr jedes Mitglied eine zuverlässige Unterlage zu der unter den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen so schwer aufzustellenden Kalkulation hat. Mehrfach wurde auch aus der Mitte der Versammlung der Wunsch geäußert, Staat und Gemeinden, wie aber auch Vereine, mögen ihre Möglichkeiten tun und arbeiten an das Handwerk, zur Vergebung bringen, damit nicht nur den Meistern, sondern auch den Gehilfen ihre Existenz erhalten wird; denn nur so könne man verlangen, daß diese Rücksichten auch weiterhin Träger des Staatshaushaltes bleiben.

(-) Die Technische Woche. Die Landesvereinigung technischer Vereine Karlsruhe, die fast alle technischen Vereine und Verbände Baden umfaßt, veranstaltet anlässlich ihrer Landesversammlung die Technische Woche in Verbindung mit der Herbstwoche. Die Technische Woche umfaßt 2 Abschnitte: 1. Die Architektur- und Industrie-Ausstellung vom 29. September bis 8. Oktober 1923 im Orangeriegebäude, in welcher in anschaulicher und verständnisvoller Weise dem Techniker und dem Laien die Weltvielfalt und die Entwicklung der hiesigen Industrie vorgeführt wird; 2. die Landesversammlung und die in der Zeit vom 7. bis 13. Oktober stattfindenden, für den Techniker äußerst lehrreichen Vorträge auf den verschiedensten technischen Gebieten. Dabei sind noch die geplanten Vorträge und Exkursionen zu erwähnen. Es wird für alle, die mit der Technik zu tun haben, von großem Interesse sein und es werden neue Anregungen und Gedanken in großer Fülle zur Durchführung neuer Aufgaben den Weg frei machen.

3. „Im Film nach Südamerika“ kann der Besucher der badischen Lichtspiele, die ihre Filme im Stadt-Konzerthaus kurbeln. Der gute Besuch derselben bei der Eröffnung am letzten Mittwoch bewies, daß das Publikum für gute Filme empfänglich ist; vor allem, wenn sie eine so gute Einführung erhalten, wie von Herrn Kapitän Herber. Die badischen Lichtspiele sind zweifellos eine Volkshilfsanstalt und kommen dem Bildungsdrang der breiten Volksschichten in geschmackvoller Weise und in künstlerischer Rücksicht entgegen. Das Klagen über die schlechten Filme nützt nichts, das Sabotieren derselben durch den gebundenen Teil der Besucher nur relativ. Man muß das Lichtspielwesen von innen heraus reformieren; man muß den guten Gedanken, der in ihm liegt, der Sentiment und der Bogenarbeit entgegenwinden. Der Film will mitteilen, will Kenntnis geben von dem, was außerhalb des Horizontes des gewöhnlichen Alltagsmenschen, zu denen wir in der Mehrzahl gehören, liegt. Und zwar will er dies durch Darstellungen, durch Veranschaulichung des geschichtlichen Wortes. Das ist der Unterschied zur Literatur und auch der Grund für die Popularität des Filmes. Das geklebte Wort wird zum Süssmittel, um die Körperlichkeit des Eindringens im Gehirn des Zuschauers zu konzentrieren. Der Film ist nicht zu befehlen, der Entwicklung der Technik kann man keinen Geschrei vorziehen. Im Gegenteil! Das Lichtspieltheater wird, zwar langsam, zu einer Stätte der Kunst. Dafür sind die badischen Lichtspiele ein Beispiel. Besonders durch den zur Zeit laufenden Film, der den deutschen Schnellzug „Cap Polonio“ in infrastruktur und unterhaltender Art nach Südamerika begleitet.

# Frauen-Rundschau

## Gläubige des Lebens.

Wenn wir um uns blicken in der Welt unseres Wirkens, dann finden wir immer wieder, daß die Menschen sich mehr oder weniger in zwei große Gruppen teilen: in solche, die an das Materielle glauben, an ein festes Einkommen, Gesundheit etc., kurz das, was sie mit Händen greifen können, und solche, die die eigentlichen Realitäten des Lebens im Geistigen suchen: in der Gerechtigkeit, der Liebe, dem Glauben etc. Nicht als ob die Letzteren den „Dingen“ und „Systemen“ den Wert abspüren, aber sie halten fest, daß die Gesinnung doch das Ausschlaggebende ist. Mit anderen Worten, daß der Glaube an Gott und die Eingabe an ihn durch ein gutes Leben letzten Endes das ist, was die Welt im Innersten zusammenhält. Die Gläubigen des Geistigen halten Gesinnungen für Schwindel und die Gläubigen des Lebens wissen, daß Organisation, Reichum, Macht ohne Gesinnung töricht und vergänglich ist.

So stehen sich die beiden Welten gegenüber: die Materielle unfähig, die Gesinnung zu schenken, und die Geistigen unfähig, sich den andern verständlich zu machen, weil das Verständnis nur von innen heraus durch den guten Willen gewonnen werden kann. Nichts Neues kann es vermitteln.

Es ist nun merkwürdig und tief ergreifend, wenn wir betrachten, wie sich durch das ganze Evangelium die Bemühungen Jesu ziehen, seine Umgebung von dem klein-praktischen, dem pharisäischen Gesichtswinkel abzuheben und den Blick darüber hinaus auf das Ewige und Große zu richten. Sein ganzes Leben war ein Kampf gegen die Seelenlosigkeit, den Mechanismus, das Banale: „Wie lange soll ich dies Geschlecht tragen?“ Wie wollten sie einsehen, daß nicht die Abhilfe ihrer materiellen Not die Hauptsache war, sondern der Glaube an Gott, die Umwandlung ihrer Gesinnung.

Das Evangelium berichtet uns eine wunderschöne Begebenheit, die uns offen läßt, was Christus von unserer Gesinnungszerstörung erwartet. Er speist 5000 Männer und ungezählte Frauen und Kinder. Aus der Fülle seiner Allmacht weist er sie, die unter dem wolkenlosen Himmel Palästinas sich gruppenweise auf das grüne Gras gelagert hatten. In königlicher Freigebigkeit läßt er austreten, nicht etwa nur den Armen, sondern allen, die mit ihm gezogen waren. Der uns sehr verständliche Erfolg war, daß sie ihn zum Könige machen wollten. Keiner der 5-6000 Menschen dachte damals daran, daß die wunderbare Brotspende einen geistigen Sinn habe und nur ein Symbol sein könnte. Dauernde Siderstellung der jüdischen Volksernährung, das war der allgemeine Gedanke. Jesus mußte sogar seine Jünger zwingen, über den See zu fahren, um einer politischen Bewegung die Spitze abzubrechen. Er selbst floh auf den Berg, er allein. Dem materiellen Volkswillen setzte er mit aller nur denkbaren Entschiedenheit seinen Willen entgegen: „mein Königreich ist nicht von dieser Welt“. Sie hatten ihn ganz und gar mißverstanden, keiner fragte auch nur nach einem Sinn, wie hätten sie ahnen können, daß sie in das Geheimnis seines himmlischen Ursprungs, seines Lebens und der hl. Eucharistie eingeführt werden sollten.

Täglich werden wir wie die Israeliten vor Dinge gestellt, deren geistigen Gehalt wir herauslesen und für unsere Seele ausschöpfen sollen: plündern die Berge der eigenen oder fremden Kraft, Erfolg oder Mißerfolg, Entbehrung oder Ueberfluß. Alles Vergänglichke ist nur ein Gleichnis in viel tieferem Sinn, als Goethe es beim Niederschreiben dieser Worte dachte. Sünden wie deshalb täglich die Ehrfurcht vor allen Schöpfungen in uns zu wecken. So unendlich weit sind wir stets entfernt davon, Gott richtig in ihnen zu verstehen. Glauben wir fest, daß unser eigentliches Leben hinter den Dingen liegt, daß selbst die böswillige Kränkung anderer in Wirklichkeit ein Liebeslaut aus dem Herzen Gottes ist. Gott steht nun einmal am Anfang aller irdischen Zusammenhänge. Ihm ist nicht unser Erfolg oder Mißerfolg in der Welt wichtig, sondern nur die Art, wie wir reagieren. So ist die Gesinnung also der ewige Lebensbrunnen, aus dem guten Willen jeden Augenblick wachsen können. Wenn alle Werke in der Welt tot wären, und es wäre nur noch Gesinnung da, so könnte aus ihr wie in einer Frühlingsnacht alles zum Leben erstehen, nie aber umgekehrt. Das ist auch die Gesinnung, die unser Heiland durch die wunderbare Brotvermehrung bei Volk und Jüngern wecken wollte. Sie wollen wir in und um uns pflegen.

## Unsere Heimarbeiterinnen.

Schon einmal hat die Frauenbeilage in einem Artikel auf die große Zahl jener Frauen und Mädchen hingewiesen, die infolge der Feuerung gezwungen sind, ihr Brot durch Heimarbeit zu verdienen. Es ist in dem Artikel auch ausgesprochen worden, daß diese neuen Heimarbeiterinnen für ihre Mitbewerberinnen eine Gefahr bilden, weil sie, infolge Unkenntnis des Erwerbsebens für jene zu Lohnverdrängern werden, die schon länger in der Erwerbsarbeit stehen. Es sollen deshalb weitere Frauenkreise mit dem neuesten Gesetz zum Schutze der Heimarbeiterinnen, dem Heimarbeiterlohngesetz vom 23. Juni 1923 bekannt gemacht werden. Dieses Gesetz bildet den wichtigsten Stein im Schutzbau, der das Leben der deutschen Heimarbeiterinnen umgeben soll.

Als im März 1899 der Kampf um die Besserung der Heimarbeitsverhältnisse in Deutschland einsetzte, da hielten sowohl Gesetzgeber als Nationalökonom und Gewerkschaftler ihn für aussichtslos. Alle bisherigen Versuche, den Heimarbeiterinnen zu helfen, waren gescheitert, so daß viele sich auf die Abschaffung der Heimarbeit einstellten.

Es schien, daß der Weg zur Gründung unmöglich sei, weil für eine organisationsunfähige Schicht, als die sich die Heimarbeiterinnen bisher erwiesen hatten, auch die beste Gesetzgebung keinen Erfolg versprach.

Der Weg, den die Pioniere der deutschen Heimarbeiterinnenbewegung gegangen sind, war mühsam und beschwerlich. Aber die erfolgreiche Vorkämpferin, Frau Reichstagsabg. Margarete Behm, darf heute mit freudigem Stolz die Früchte jahrzehntelanger Arbeit ernten.

Im Jahre 1900 kam es zur Gründung des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen. Die ersten Forderungen, welche die Führerinnen der Bewegung stellten, bezogen sich auf Abänderungen der Gewerbeordnung und der Reichsverei-Ordn. einerseits, dann auf die Schaffung des Hausarbeitsgesetzes vom Jahre 1911, welches den Vorläufer bildet für das am 1. Juli in Kraft getretene Heimarbeiterlohngesetz. Schon das Hausarbeitsgesetz hatte Fachausschüsse vorgesehen, welchen namentlich die Aufgabe oblag, Vorschläge zu machen, zwecks Vereinbarung angemessener Entgelte, jedoch hatten sie nicht die Befugnisse zu rechtsverbindlicher Lohnfestsetzung; ihre Zusammensetzung war partiell.

Aber die im Gesetz von 1911 vorgesehenen Schutzmaßnahmen für die Heimarbeiterinnen fanden nur auf dem Papier. Der Weltkrieg war insofern ein Helfer der Heimarbeiterreform, weil die Militärbehörden unter Anführung der Gewerkschaften Tarifröhne für die Heimarbeiterinnen festsetzten und diese unter gesetzlichen Schutz stellten. Bereitwillig wurde auch den Wünschen der Heimarbeiterinnen auf Errichtung von Fachausschüssen, die ja gesetzlich bereits vorgesehen waren, stattgegeben. Durch die Verordnung vom Januar 1919 wurden 29 Fachausschüsse für die verschiedenen Gewerbe errichtet. Da sie aber nur beratende und begutachtende Instanzen waren, so vermochten sie nicht, geordnete Lohnverhältnisse herbeizuführen. Die fortschreitende Verarmung des deutschen Volkes, die der Friedensvertrag in seinen Auswirkungen zwangsläufig steigert, hat, wie schon erwähnt, weite Frauenkreise der Heimarbeit ausgehört. Diese neuen Heimarbeiterinnen sind es jetzt, die alle die Fehler wiederholen, die bei den bisherigen Heimarbeiterinnen die Reformarbeit so sehr erschweren: Unentschlossenheit in Bewertung der Arbeitsleistung, Unfähigkeit sich Not zu erholen, Geheulheit durch unübersehene Verluste in völlige Mittellosigkeit. Alle diese Erscheinungen geben den Nährboden für das berüchtigte Unterbieten, das auch früher schon der Krebsknoten in der Heimarbeit war. Deshalb sind in letzter Zeit wieder in steigendem Maße gesunde Lohnverhältnisse in ungeringem Hausindustrien emporgehoben; das Gebiet der Lumpenfabrik ist nur ein Auschnitt daraus.

Diesen Mischständen soll nun durch das neue Gesetz abgeholfen werden. Nach ihm kann der Reichsarbeitsminister oder die oberste Landesbehörde die Errichtung von Fachausschüssen für bestimmte Gewerbe und Gebiete beschließen. Im Gegensatz zum alten Gesetz haben diese Fachausschüsse die Befugnis, nach den §§ 22a bis 23 die Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Lohnzahlung als allgemeiner verbindlich zu genehmigen oder Mindestentgelte für die Heimarbeiterinnen festzusetzen, falls in ihrem Bezirke den Heimarbeiterinnen offenbar eine unzulängliche Bezahlung gewährt wird. Als ungenügend sind im Gesetz Arbeitsverhältnisse bezeichnet, die unter Zugrundelegung einer normalen Arbeitszeit und Arbeitskraft nicht den ortsüblichen Lohn zu erreichen vermögen oder die hinter den in anderen Bezirken mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückbleiben.

Das Gesetz kann aber nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn die Heimarbeiterinnen einer wirtschaftlichen Organisation angehören. Nach dem § 24 des Gesetzes müssen die Vertreter eines Fachausschusses, sowohl Gewerbetreibende als Heimarbeiter, Angehörige einer wirtschaftlichen Organisation sein. Die Organisationen haben also die Gestaltung der Lohnverhältnisse in der Hand. Es kann deshalb den Frauen und Mädchen, die heute gezwungen sind, haupt- oder nebenberuflich durch Heimarbeit ihr Brot zu verdienen, nicht dringender geraten werden, dem Gewerkschaften christlicher Heimarbeiterinnen beizutreten, damit die Organisation das, was das Gesetz den Heimarbeiterinnen gibt, auch ausnützen kann. Das neue Gesetz erfüllt seinen Zweck nicht, wenn ihm keine ausführenden Organe zur Seite stehen, und das sind hier die Organisationen, aus denen die Fachausschüsse bestehen.

Mancher Frau mag es ganz unmöglich erscheinen, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen; ihre Standesbeschränkung es ihr zu verbieten. Aber sie befindet sich dort in guter Gesellschaft: das Schwere, was auf ihr lastet, die Armut, die sie zwingt, durch Sandarbeit ihr Brot zu verdienen, ist ja heute kein Einzelgeschick, sondern Massenlos. Durch ehrentüchtiges Zusammenstreben ist aber die Möglichkeit gegeben, dieses Los zu einem befriedigenden zu gestalten. Die Gesetzgebung weist die Wege dazu. Theodora Werle.

## Lehrerin und Öffentlichkeit.

Aus einem Vortrag, gehalten in Stuttgart von Maria Weyerle, M. d. bad. Landtag, Konstanz.

Eine äußere Gemeinschaft sind wir durch die Einheit des Berufs. Zu einer inneren, lebendigen Gemeinschaft werden wir erst durch die Erfüllung der in uns lebendigen Glaubenskraft; dadurch, daß wir uns alle eingefügt wissen als Glieder dem einen geheimnisvollen Leib des Er-

lösers, getragen von derselben Gnade des hl. Geistes, genährt vom Mahl ewiger Liebe. Wenn selbst ein Goethe sagt, daß der Glaube die tiefste menschliche Lebenskraft sei, wie ist es dann einer mit der Ueberfülle katholischen Glaubensguts begnadeten Seele noch möglich, anders als von dieser Zentralkraft aus zu denken, zu wagen, zu streben, zu handeln!

In der Einheit der vom Glauben erfüllten Persönlichkeit ist der Beruf miteinbezüglich. Er ist es doppelt, wenn Erziehen und Lehren sein Ziel ist. So sind wir hier alle vereint, um katholische Erziehungsweisheit und Lebenslehre all unserem Wirken zugrunde zu legen, um sie aber auch durch die Organisation zu pflegen und in aller Öffentlichkeit gegenüber aller Verwirrung, aller Halbheit, Verflachung oder Verneinung freudigen Mutts zu bekennen. Um so mehr ist es unsere Pflicht, als in anderen Lehrverbänden die nicht religiös-orientierten Strömungen eindringen. Da stehen wir vor der Gemeinschaft des Volkes mitten in unserer Aufgabe, wenn wir durch das Zeugnis unserer Standesgemeinschaft die alten Ideale christlicher Erziehung und Lehre hochhalten. Das ist die Bedeutung unserer Organisation für die Öffentlichkeit. Soll ich noch eigens betonen, daß diese Bedeutung in der Demokratie gewachsen ist. Das Volk entscheidet durch seine Mehrheit über die Schule. Wie soll es in breiter Masse die einzelnen Fragen unseres Aufgabengebietes würdigen, wie durch Willenskundgabe und Wahl die Entscheidung bestimmen, wenn es nicht aus den zufälligen Kreisen eine Orientierung erfährt? Was wir an allem, geistigem Volksgut empfangen, gibt die Kundgebung unserer Gemeinschaft dem Volke zurück. Durch die Organisation erreichen wir auch das Gehör der Regierung. Als einzelne würden wir nicht gehört. Man kann es verstehen, daß zu einer Zeit, wo eine starke Regierung die Gestaltung des Schulwesens lenkte, wo die Frau ohne politische Rechte keinerlei Einwirkung auf Regierungsgebilde besaß, Lehrerinnen sich mit dem Interessensverband begnügten. Heute, wo die innere Aufgabe gewachsen, kann nur der Gesinnungsverband ihrer Tiefe voll genügen.

In einem freilich mühen wir uns ein mit dem ganzen Volkstand, in der hingebenden Liebe zu unserem Volk in den Tagen der Prüfung: In der Treue des Amtes, in der wir aus Taten der Bitterzeit und unserer Tage in den Herzen der Jugend die Treue zu alter deutscher Art und die Eingabe der einzelnen füreinander erleben lassen. Wir von den Grenzmarken des Reichs wollen uns in unlässlicher Treue die Hände reichen in dem Gelübnis: Seele und Geist unserer Schule bleiben deutsch, dafür leben wir ein.

Alle aber soll ein Herzschlag verbinden mit den Brüdern und Schwestern, die für uns alle den Druck des Feindes aufnehmen in vorderster Reihe. Und nicht nur in Wort und Gefühl, auch in der Tat muß diese Gemeinschaft zum Ausdruck gelangen. Wo Notgemeinschaft nicht Opferkraft weckt, ist Liebe für immer erloschen. Wir sind nicht der Stand, der vom Feinde am meisten zu leiden hat. Aber wenn unsere Aufgabe ist, dem Volk Kultur zu vermitteln, dann gehört der Rehrstand voran in der Lehre des Beispiels von dankbarster, opferbereiter Liebe.

Wir haben unsere Aufgabe in der Öffentlichkeit nun durchdrungen in den Pflichten des Amtes, persönlicher Vorbildlichkeit und in den Pflichten der politischen und sozialen Volksgemeinschaft. Von der Kulturaufgabe des Standes gingen wir aus und haben erkannt, daß sie ihre Wurzeln ins Ewige senkt. Von diesem Urgrund werden wir den Blick noch einmal zurück auf die Liebe und doch erste Stätte unserer Schultätigkeit, auf die Volksgemeinschaft, in deren Lebenskreis wir atmen, auf die Organisation, die unser Glauben, Streben und Wirken zu innerer Gemeinschaft verbindet; und nun leben wir, wie aus der Lebenskraft, die das Wortlein katholisch umschließt, alles, alles Leben empfängt. Hier tauchen wir ein in eine Gemeinschaft, die nicht nur vergangene und gegenwärtige Tage verbindet, sondern ihre Tore öffnet in ewige Zukunft. Wir sind katholisch, das heißt in die Völker und Zeiten unspannende Gemeinschaft mit Christus geboren und hineingewachsen. Christus, das Licht der Welt, ist die Lebensquelle in unserem Innern, von der wir ganz zehren und die uns durchbringt, wo immer in der vielgestaltigen Arbeit des Standes wir stehen. Christus brachte sein Feuer, damit es brenne auf Erden, und sein Licht, daß es leuchte im Hause, und darum hieß er die Samen, die Apostel, hinausziehen und alle Völker lehren. Vom Lehrauftrag seiner Kirche haben auch wir als Religionslehrerinnen und als Erzieherinnen der Jugend eine Aufgabe erhalten und in der missio canonica eine ausdrückliche Sendung. Aber schon im Wesen katholischen Glaubens und Lebens liegt Apostolat. Nicht das Apostolat des unmittelbaren Lehrauftrags, nicht das priesterliche Amt. Wohl aber der aus der Wahrheit und Liebe hervorbrechende innere Beruf, den der Apostel führt mit den Worten bezeugend: „Ihr aber seid ein auserwähltes Geschlecht, ein königliches Priestertum, ein heiliger Stamm, ein erworbenes Volk, um die Tugenden dessen zu verkünden, der euch aus Finsternis in sein wunderbares Licht rief.“

So drängt katholisches Leben zum Wirken in apostolischem Geist im Dienst der Gemeinschaft. Nicht jeder ist zu gleichem Dienst berufen, denn jeder Dienst verlangt besondere Eignung. Oft aber flieht, wer die Gemeinschaft und Öffentlichkeit flieht, das Kreuz seines Herrn. Damit urteilen wir nicht über die, die den Rahmen des öffentlichen Wirkens in eigentlichen Sinn scheuen. Als Josue tritt, hob Moses die Hände empor im Gebet. Nicht der Dienst der Hände entscheidet, sondern die Liebe und der Eifer des Herzens. Josue und Moses Dienst war nur in der Form unterschieden, im Wesen das selbe.

Zu Wesen katholischen Gemeinschaftsdienstes muß uns alle ein Eifer durchglücken; das Wesen aber ist freimütiges Bekennen und die Kraft dienender Liebe. Der Maßstab aber im Wandel der Zeiten ist in der Lösung begriffen, die wir als Christen empfangen: „Suchet zuerst das Reich Gottes, und alles andere wird euch zugegeben.“

## Von der Winterarbeit des kath. Frauenbundes Zweigvereins Karlsruhe.

Niemand weiß, was uns die nächsten Tage und Monate bringen werden, nur, daß es viel Schwere ist, darüber sind wir uns klar. Und wie ein löhnernder Druck legt sich das Schicksalsgähnen auch auf Leben und Tätigkeit der Vereine. Was man denn planen, wenn jeder Augenblick alles über den Gausen werfen kann? Da sagt uns unser herrlicher Glaube, daß nur der in Wahrheit verloren ist, der sich selber aufgibt und jede Anstrengung um Vermeidung widriger Umstände unterläßt. Diese Erfahrung wird sich auch im Vereinsleben bewähren, und darum muß immer wieder der Versuch gemacht werden, die Wünsche und die geistigen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Mitglieder zu erschöpfen und ihnen in der Aufstellung eines Arbeitsprogramms Rechnung zu tragen. Diesen Versuch hat auch unser Zweigverein unternommen, noch während, daß nicht alles, was er gern bieten möchte, auch wirklich gegeben werden kann.

Ein brennender Wunsch nach Entspannung von der täglichen, uns Frauen so außerordentlich erschwerten Arbeit, ein Sehnen nach geistigen Hochlandwanderungen und religiöser Erhebung geht durch unsere Frauenwelt; freilich nicht durch sie allein. Bei seine Vereinsveranstaltungen auf dies Bedürfnis einzugehen, kann auf Befriedigung seiner Mitglieder rechnen und auf ihre rege Anteilnahme. So wird auch unser Zweigverein zunächst einen Psalmabend der jugendlichen Bundeschwester Hanna Guth veranstalten und zwar schon am 2. Oktober. Eine Einführung in das Wesen der Psalmen durch geistlichen Mund wird den Vorbereitungen der vorzüglichen Künstlerin vorangehen, stimmungsstimmte Musikvorträge werden sie umrahmen. Des weiteren soll dann ein festlicher Bundesabend, dessen Tag noch nicht feststeht, wieder unsere Mitglieder zu einer Feiertunde versammeln. Das herrliche Spiel unserer Landesvorsitzenden, Frau Sieberl „Mutter Anna“ soll dabei aufgeführt werden. Dieses hohe Lied der Mütterlichkeit, in dem eine begnadete Mütterseele ihr eigenes gibt, wird unsern Frauen und Müttern wie ein Spiegel sein.

Es ist immer gut, wenn in einer unglückseligen Organisation die Fühlung mit der Führung auch recht erhalten bleibt. Sie bedeutet sojournierendes Gern und Kopf derselben, von ihr aus müssen immer neue Kraftströme die Einheit nähren. Darum haben wir unsere Bundesvorsitzende, Frau Reichstagsabg. Hedwig Dransoff, gebeten, uns wieder einmal einen Vortrag am Bundesabend zu schenken. Sie weiß ja uns Frauen immer Erhabenes und Erhebendes zu sagen. Bei der Fülle der Fragen, die heute die Erzieher zu lösen haben, ist es sicher auch willkommen, eine Vortragsreihe über Erziehungsfragen unter unsern Veranstaltungen zu finden. Es ist so gedacht, daß Leute von Fach über die einzelnen Probleme sich aussprechen und dann auch die praktische Lösung geben. Unsere Augenlider werden so viel feuchte Not, und mancher Mutter fühlt, daß sie trotz des besten Willens nicht helfen kann, weil ihr der psychologische Schlüssel zum Wesen des Kindes fehlt. Diese Vortragsreihe wird ihr da viel helfen können. Sodann sollen noch für kleinere Kreise in unserem Geschäftszimmer fortlaufende Studiengänge über besondere Wissensgebiete stattfinden. Sie werden noch im Einzelnen bekanntgegeben.

Aber unsere höchste und vollständigste geistliche Entspannung und Erhebung finden wir nur im rein Religiösen. Sich immer wieder als Kind eines gütigen und allweisen Vaters erkennen zu dürfen, in fester Anbetung vor Gottesanwesenheit die Kleinheit seines Erdenstehls sich klar zu machen, seltsame Erwigkeitshoffnungen in das Herz zu trüben, das allein ist es, was uns noch tragfähig macht im Glanz unserer Tage. „Mehr Freude und mehr Freudigkeit“ ist unser Sehnen, ist die Sehnsucht der Menschheit. Viele Forderung kann nur Gott erfüllen und nur an denen, die sich bemühen, ihn zu erkennen, ihm ihr ganzes Ich, ihren ganzen Willen in Liebe hinzugeben. Darum soll auch unser Bundeschwester Gelegenheit geboten werden, im Bunde selber rein religiöse Veranstaltungen mitzuleben, in engerer schweizerlicher Verbundenheit mit ihren Anliegen vor Gott zu treten.

Das neben allem unsere nun schon traditionell gewordenen Unternehmungen nicht vernachlässigt werden, ist selbstverständlich. Die gewohnten Kurse und Vorkurse nehmen bereits ihren Anfang und auch außerdem werden einige praktische Vorkursungen den Hausfrauen zeitgemäß zu bieten suchen. Was und wie das sein wird, muß heute noch der Zukunft überlassen bleiben. Es ist auch beschlossen worden, die so beliebt gewordenen Bundesnachmittage, jeweils am zweiten Mittwoch des Monats, beizubehalten, solange es möglich. Es wird alle Vorzüge getroffen, daß die Kosten möglichst eingespart werden. Wer will sich außer dem Brot auch noch Kaffee oder Tee selber mitbringen können. So wollen wir denn in der Winter gehen mit Gottvertrauen und mit Zuversicht, daß unsere Mitglieder uns treu bleiben und uns helfen und uns stützen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Theodora Werle.

Verantwortlich durch Träger: M. Abholte in st. w. Abbestellungen 25. auf den Wo.

Verleger: G. Solator

## Eine So...

Paris, 1. D. Sonntagsrede. Weder in d. meinden sind Ueberall ist de die schändliche Zust. noch fe Bevölkerung a licher Weise ir Wiedergutmach uns und auch unere Wiede gen Frankreich die Vernunft d beaght worden uns, sagen zu den hat. Aber geliefert, daß hat allerdings der Wahrheit es gezwungen gebiet ein fichts dieser so umg der bet mit einem Sch menschlich und Drobungen un die deutsche M französische Er Pubrgbiet über wirkt, die Dem Freiheit abgefa haben, so verd und schreibt un gen der früher dem von uns r selber begangen in die Notwen und insolgebest örterungen

Nach einer 9 Schlachten un Boicare fort gangenheit zur hembrüht. Der Welt verkin stand im Nidrg konnte nicht an imfande, diefer mußte, daß sie ferung vom Nidg Verkinung ih dern auf die 9 erwarteten die darauf verzichte ist gut. Aber e daß es tafächst Gebiet die W Pfänder z uns verlangt, d wir sie entwee Bezahlung der zurücknehmen, n als Entgelt für von uns Vorrei kein Schritt v ist also noch n Aufgabe als be von morgen ist bereits geleistet reich erzielt hat Geiste patriotisch aufhen so glückl daß die öffentlic willen und die die Regierung werde.

In der vorj rede Boicare's torzestern aben der in Deutschl der Natura Duai d'Orlan heute in Be Politische R Rede, die im w vielleicht auch e Anbrache bring hier der Auffass Naturlieferung der aufzunehm dürfe, da noch Leistungen nach Holz, Kohlen u aweden gemeint

Die B 9

Berlin, 29. Wiederaufbau h madung vom 1 Reparationsleist reich und Belg